

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Christopher Gohl, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Dr. Martin Neumann, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Auswirkungen der Corona-Krise auf bürgerschaftliches Engagement im Bereich Bewegung durch Fahrradfahren

Durch die COVID-19-Pandemie haben Lockdowns und Regelungen zum Homeoffice das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Durch die damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen konnten viele Vereine ihre satzungsgemäßen Aufgaben gar nicht mehr oder nur stark eingeschränkt ausüben. Davon waren auch die Vereine zur Förderung des Fahrradverkehrs betroffen. Dieses berichtet u. a. der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e. V. (ADFC) auf seiner Homepage, siehe <https://www.adfc.de/artikel/tipps-und-empfehlungen-zu-gefuehrten-raftouren/>.

Im Bereich der individuellen Mobilität nahm der Fahrradverkehr gleichzeitig zu, da der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) als Ort für mögliche Infektionen ausgemacht wurde. Die vermehrte Nutzung des Fahrrads hat auch positive Effekte auf die Gesundheit der Bevölkerung durch ein Mehr an individueller Bewegung. Die vermehrte Nutzung des Fahrrads sollte daher nach Auffassung der Fragesteller durch Anreize gezielt gefördert werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im Zeitraum von März 2020 bis April 2021 hinsichtlich der Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement bei Vereinen und Organisationen, die den Verkehrsträger Fahrrad fördern?
2. Wurden Maßnahmen durch die Bundesregierung ergriffen, um das bürgerschaftliche Engagement in diesem Bereich zu stärken?
 - a) Wenn ja, welche (bitte nach Maßnahmen, Inhalt der Maßnahme, Zeitrahmen der Maßnahmen, Kosten auflisten)?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

3. Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich der Verkauf von Fahrrädern in den letzten zwölf Monaten entwickelt hat?
4. Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass durch die gesetzlichen Lockdown-Regelungen Fahrräder über Internethändler bestellt werden konnten, gleichzeitig Fahrradeinzelhändlern der Verkauf aber untersagt war?
 - a) Wenn die Frage mit ja beantwortet wurde, welche besonderen Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Kompensation für Einzelhändler von Fahrrädern ergriffen?
 - b) Wenn keine Maßnahmen ergriffen wurden, warum nicht?
5. Haben die gesetzlichen Krankenkassen nach Kenntnis der Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um den Umstieg von anderen Verkehrsträgern aufs Fahrrad in den letzten Monaten für die Zukunft zu fördern?

Berlin, den 9. Juni 2021

Christian Lindner und Fraktion